



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Bundespressekonferenz 17.12.2015, 10.30 Uhr

Rüstungsexportbericht 2015

Statement von Prälat Dr. Martin Dutzmann

Evangelischer Vorsitzender der GKKE

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir stellen Ihnen heute den 19. Rüstungsexportbericht der GKKE vor, den die Fachgruppe Rüstungsexporte unter Leitung von Dr. Jan Grebe erstellt hat. Jan Grebe hat zum 1.12.2015 vom Bonn International Center for Conversion (BICC) zum Kofi Annan Peace Center gewechselt. Statt seiner werden heute Dr. Simone Wisotzki von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Dr. Max Mutschler vom BICC Rede und Antwort stehen.

Die Zahlen aus der Rüstungsexportgenehmigungs-Statistik rufen wir nur noch einmal in Erinnerung. Als die Bundesregierung ihren Bericht über 2014 im Juni des Jahres veröffentlichte, haben wir den Rückgang der Einzelausfuhrgenehmigungen in 2014 bereits begrüßt. Genehmigungen für Einzel- und Sammelausfuhren wurden im Wert von 6,52 Milliarden Euro erteilt, darunter Kriegswaffen im Wert von insgesamt 1,823 Milliarden Euro. Es ist allerdings mehr als ein Wermutstropfen, dass die Zahlen für das 1. Halbjahr 2015, die die Bundesregierung jetzt im Oktober des Jahres veröffentlicht hat, wieder einen deutlichen Anstieg der Rüstungsausfuhren zeigen. Angesichts der üblichen Schwankungen bei Rüstungsexporten und der gut gefüllten Auftragsbücher vieler Unternehmen ist leider nicht davon auszugehen, dass sich der Rückgang von 2014 in diesem Jahr verstetigen wird. Ob diese Bundesregierung tatsächlich weniger und vor allem weniger aus unserer Sicht problematische Waffenexporte genehmigen will, wird sich sowieso erst mittelfristig abbilden, da gegenwärtig noch immer ein Großteil der getroffenen Entscheidungen der vorherigen Bundesregierung umgesetzt wird. Bei den Klein- und Leichtwaffen haben wir einen weiteren Anstieg in der Stückzahl von Waffen (2013: 69.872, 2014: 106.435), aber einen erheblichen Rückgang im Gesamtwert aller genehmigten Ausfuhren von Klein- und Leichtwaffen (2013: 82,36 Millionen, 2014: 47,43 Millionen Euro). Der Anstieg der Stückzahlen ist im Wesentlichen eine Folge der Unterstützungsleistung kurdischer Peshmerga-Truppen im Kampf gegen den „Islamischen Staat“.

Wir begrüßen die weiteren Bemühungen der Bundesregierung, die Transparenz zu verbessern und die angekündigten Berichte rechtzeitig zu veröffentlichen. Dies hat eine zeitnahe Diskussion über Rüstungsexportentscheidungen sowohl im Parlament als auch in der Öffentlichkeit ermöglicht. Die Debatten im Parlament haben zugenommen, und die Antworten auf die schriftlichen Fragen sind aussagekräftiger geworden.

Begrüßt haben wir auch die Vorlage neuer Kleinwaffengrundsätze mit dem Ziel, den Export kleiner und leichter Waffen restriktiver zu gestalten. Die Exportzahlen zeigen, wie dringend notwendig eine zügige Umsetzung dieser Grundsätze ist. Erforderlich halten wir die Verbesserung der Anwendung der „Alt für Neu Regelungen“, einschließlich wirksamer Maßnahmen zur Kontrolle und Einbeziehung staatlicher Stellen im Empfängerland und des ausführenden Unternehmens. Dringend notwendig ist auch eine effektive Kontrolle des Endverbleibs, um die illegale und unkontrollierte Weitergabe von Waffen zu reduzieren. Wir begrüßen, dass die Grundsätze nun da sind, aber wichtig wäre vor allem eine effektive zeitnahe Umsetzung der angekündigten staatlichen Post-Shipment-Kontrollen vor Ort. Höchst kritisch bleiben die Lieferungen an Drittstaaten, dazu wird Prälat Jüsten gleich mehr sagen.

Manche Argumentationsmuster in den aktuellen Beratungen um die Unterstützung Frankreichs und anderer Staaten im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ erinnern an die ebenfalls umstrittenen Waffenlieferungen an die Peschmerga-Truppen im Nordirak, die im vergangenen Sommer und Herbst 2014 diskutiert wurden. Im inhaltlichen Schwerpunkt unseres Berichtes fragen wir ein Jahr danach, ob und inwieweit die Waffenlieferungen zielführend waren und welche Risiken für die Region damit verbunden waren und sind. Simone Wisotzki, die das Schwerpunktkapitel verfasst hat, wird in ihrem Statement ausführlicher darauf eingehen. Das politische Fazit: dieser Waffenhilfe mangelt es wie manch anderer Ausbildungsmission und flankierender Militärhilfe an klaren sicherheits- und friedenspolitischen Zielen und normativen Vorgaben. Als Kirchen haben wir im vergangenen Jahr diese Waffenlieferungen für vertretbar bzw. nachvollziehbar gehalten, da der humanitäre Schutz der Jesiden im Vordergrund stand. Die Fachgruppe hatte aber schon damals vor den Proliferationsrisiken und unkontrollierbaren Auswirkungen in der Konfliktregion gewarnt. Wir haben als GKKE in der Vergangenheit die sogenannte Ertüchtigung mit Waffenlieferungen an vermeintliche Stabilitätspartner in Konfliktregionen höchst kritisch bewertet. Im Fazit lässt sich festhalten: Keine Militär- und Waffenhilfe, keine „Ertüchtigung“ ohne sicherheits- und friedenspolitische Ziele.
